

PB3C News (30. KW)

XXI. Jahrgang, Erscheinungstag: 27.7.2020

KOMMENTAR

Der Staat kauft, der Bürger soll zahlen



Andre Schmöller

Domicil Real Estate

Vor Kurzem sorgte eine Nachricht bundesweit für Aufsehen: Die Ankündigung der Stadt München, einen sogenannten Social Bond zu emittieren. Solche Anleihen fließen im Normalfall in nachhaltige und soziale Projekte, da ein Verwendungszweck per se nicht vorgeschrieben ist. Im Münchener Fall allerdings kündigte die Stadt an, die Einnahmen aus der Emission – immerhin 100 Mio. Euro bis 120 Mio. Euro bei einem sehr günstigen Zinskupon von nur 0,25 % – in den Kauf von Wohnhäusern zu stecken. Auch und besonders in solche, für die ein kommunales Vorkaufsrecht besteht.

Für Ausübung von Vorkaufsrechten wurden schon 2018 und 2019 allein in München mehr als 350 Mio. Euro fällig, in Berlin sind es wohl seit 2015 ebenfalls mehr als 300 Mio. Euro. Tausende Wohnungen werden so kommunalisiert und in die Obhut der städtischen Wohnbaugesellschaften überführt. Die Kommune unterstützt die Kommunalisierung aber auch mit direkten Zuschüssen aus der Staatskasse. Nun befeuert das Münchener Vorgehen die Debatte um Vorkaufsrechte neu: Immobilieneigentümer und solche, die es werden wollen, sind besorgt. Aber sind sie es berechtigterweise?

Vorkaufsrechte sind ein begrenztes Phänomen

Zunächst ist es wichtig, zu verstehen, dass Vorkaufsrechte nur in sehr begrenzten Lagen und zudem nur in sehr engen Fristen erlaubt sind. Grundlage für ein kommunales Vorkaufsrecht ist unter anderem die sogenannte Erhaltungssatzung. Sie gilt für Lagen, in denen die Gemeinde oder der Bezirk die Zusammensetzung der Bevölkerung als besonders schützenswert betrachtet und daher erhalten möchte (Milieuschutzgebiete). Diese Lagen sind öffentlich einsehbar. Vor dem Immobilienkauf sollte also immer geprüft werden, ob sich die Immobilie in einem entsprechenden Gebiet befindet und wie vorkaufsfreudig die öffentliche Hand ist. Auch hier gibt es massive Unterschiede je nach Kommune. Akteure wie der bekannte Baustadtrat Florian Schmidt in Berlin-Neukölln etwa üben das Vorkaufsrecht relativ häufig aus.

Immobilienverkäufer kommen so oder so zu ihrem Recht

Nun ist Deutschland ein Rechtsstaat und die Kommunen können sich nicht über geltendes Recht hinwegsetzen. In Bezug auf die Vorkaufsrechte heißt das, dass die Kommunen im Normalfall den Vertragsinhalt des ursprünglichen Käufers übernehmen, also den vereinbarten Preis bezahlen müssen. Nur in Ausnahmefällen darf er herabgesetzt werden. Das führt dazu, dass die Kommunen in den meisten Fällen einen durch den aktuellen Nachfrageüberhang sehr hohen Kaufpreis bezahlen.

Der Verkäufer kann sein Objekt in jedem Fall veräußern. Ob der Käufer ein Unternehmen, eine Privatperson oder die Kommune ist, spielt für ihn wirtschaftlich keine Rolle. Hat er allerdings einen Kaufvertrag für eine Immobilie in einem Erhaltungsgebiet abgeschlossen, muss er das der Kommune mitteilen. Diese hat dann zwei Monate Zeit, die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts zu prüfen. Manchmal – wie kürzlich in Berlin – zieht sich die Kaufpreiszahlung aber aufgrund der finanziellen Ausstattung der Kommunen monatelang hin.

Immobilienkäufer sind die Verlierer

Ärgerlich ist das Vorkaufsrecht insbesondere für den Käufer der Immobilie. Er investiert Zeit und Geld in die Prüfung der Immobilie und steht am Ende mit leeren Händen da. Im schlimmsten Fall trägt er obendrein die Notarkosten und die Kosten einer möglicherweise abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung. Aber auch dem Käufer steht immer der Klageweg offen, und es besteht die Chance, das Vorkaufsrecht anzufechten oder eine Entschädigung zu erhalten. Allerdings sollte dieser Rechtsanspruch Hand und Fuß haben. Entgehen kann man dem nur, wenn die Behörden im ersten Schritt den Investoren eine Abwendungserklärung vorlegen. Diese Erklärung bürdet dem Käufer zahlreiche Selbstbeschränkungen auf, etwa den Verzicht auf bestimmte Modernisierungsmaßnahmen. Auch kann eine maximale Miethöhe vorgeschrieben werden, die das Projekt einfach nicht

mehr profitabel macht. In solchen Fällen lehnen Investoren die Abwendungserklärung ab und lassen der Stadt den Vortritt. Wird eine solche Abwendungserklärung aber unterschrieben, kann der Kauf wie geplant abgewickelt werden.

Die absurde Folge des staatlichen Immobilienengagements

Das Engagement des Staates auf dem Immobilienmarkt hat allerdings einen Nebeneffekt, der nicht nur für die Immobilienwirtschaft ärgerlich ist. Wer annimmt, mit dem Ausüben des Vorkaufsrechts würden Miet- und Kaufpreise stabil gehalten, liegt falsch. Es ist eine Milchmädchenrechnung: In Zeiten des Anlagenotstands durch die Nullzinsphase ist jeder Investor verzweifelt auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, und eines der wenigen risikoaversen Investments ist nun einmal die Immobilie. Durch das Ausüben des Vorkaufsrechts wird der Investor nicht abgeschreckt, er wird sich nur die nächste Immobilie suchen, in die er investieren kann. Übt die Stadt zum Beispiel ein Vorkaufsrecht über 50 Mio. Euro aus, wird beim Investor wiederum Kapital in Höhe von 50 Mio. Euro frei – am Ende werden also 100 Mio. Euro in den Markt fließen, und nach dem betriebswirtschaftlichen Einmaleins führt die steigende Nachfrage in einem Markt zu steigenden Preisen, die im Immobilienmarkt meist steigende Mieten zur Folge haben. Im Endeffekt werden die Bürger zweimal zur Kasse gebeten: Einmal, um Wohnungen zur Erhaltung eines bestimmten Mietermixes in sehr begrenzten Lagen zu erwerben, und noch einmal durch steigende Miet- und Kaufpreise infolge der Verdopplung des eingesetzten Kapitals.

Falscher Fokus bei der Problemlösung

Der Staat selbst, als Akteur auf dem Bestandsmarkt, wirkt durch die zunehmende Ausübung von Vorkaufsrechten selbst als Preistreiber auf dem Immobilienmarkt. Gleichzeitig fehlt den Kommunen Kapital an anderen wichtigen Stellen. So wäre das Geld zum Beispiel weit besser in den preisgedämpften kommunalen Wohnungsbau oder in die Zurverfügungstellung preisgünstiger kommunaler Grundstücke investiert – hier will man aber gerne selbst das Maximum beim Verkauf Erlösen. Das Vorkaufsrecht erweist dem Bürger also letztlich einen Bärenienst, da es ein teures und gleichzeitig untaugliches Instrument ist, mit dem man dem eigentlichen Problem, der Wohnraumknappheit und den steigenden Mieten, nicht Herr werden kann. Auch in näherer Zukunft ist kein Ende des Runs auf die Metropolen in Sicht. Daher darf der Staat die Entwicklungen gerade jetzt nicht verschlafen, er sollte die Wurzel des Problems anpacken und keine Symbolpolitik betreiben. Es hilft nur eins: bauen, bauen, bauen. Zudem ist durch den Kauf von Bestandswohnungen noch kein zusätzlicher Wohnraum entstanden. Die öffentliche Hand scheut darüber hinaus oftmals zurück, in den erworbenen Gebäuden oder auf den Grundstücken vorhandenes Baupotenzial zu nutzen und weiteren Wohnraum zu schaffen.

Zusätzlich könnten sich die Warnungen vor verfallender Wohnsubstanz als zutreffend herausstellen, wenn die Mieteinnahmen zur Deckung der Sanierungskosten schlicht nicht ausreichen. Das ist eine besondere Gefahr für kommunale Wohngesellschaften, die von jeher bezahlbaren Wohnraum bereitstellen. Denn das Vorkaufsrecht und die Deckelung der Mieten auf ein Niveau unter dem Marktpreis bedeutet ein erhebliches Risiko in der Bilanz der Gesellschaften.

Der Staat möchte die Oberhand behalten – aber zu welchem Preis?

Das Vorkaufsrecht der Kommunen ist sicherlich richtig und wichtig. Allerdings drängt sich der Eindruck einer inflationären Nutzung auf, vor allem zugunsten ohnehin privilegierter Mieter in den „hippen“ Wohnlagen. Etwas weniger politisches Kalkül und etwas mehr wirtschaftliches Augenmaß täten also gut. Wenn eine Kommune, ohne mit der Wimper zu zucken, ein sanierungsbedürftiges Miethaus zum Faktor 40 oder mehr einkauft und dabei Mieterhöhungen strikt ausschließt, ist das kein verantwortungsbewusster Umgang mit Steuergeldern. Speziell dann nicht, wenn zum gleichen Preis neuer Wohnraum entstehen könnte.

Dieser Artikel erschien in CASH. 8/2020.

Haben Sie Anmerkungen oder Fragen? Dann schreiben Sie an den Leiter unserer Redaktion [Dr. Josef Girshovich](#).

MARKTNEWS

Gute Jobperspektiven trotz Corona

Das Angebot für Absolventen ist nicht mehr ganz so üppig, da viele Unternehmen der Immobilienbranche aufgrund der durch die Corona-Krise verursachten Unsicherheit derzeit nur dann Stellen besetzen, wenn es wirklich nötig ist, berichtet die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 23.7. unter Berufung auf die anlässlich des Arbeitgeberrankings 2020 von ihr durchgeführte Umfrage unter Studierenden immobilienwirtschaftlicher Fachrichtungen. Traineeprogramme seien teils gestoppt oder verschoben worden, jedoch, wie Mark Spangenberg von CBRE beteuere: „Einen klassischen Einstellungsstopp hatten wir nicht.“ Aber man schaue doch etwas genauer hin, wo der Bedarf liege. So gebe es etwa Rückgänge im Retail Leasing und im Hotelsegment, dort sei man zurzeit mit Neueinstellungen vorsichtiger. Dafür laufe es beispielsweise bei Industrial & Logistics weiterhin sehr gut, weshalb hier verstärkt eingestellt werde. Auch im Bürosegment seien

alle großen Mandate weitergelaufen. „Schon vor der Krise haben wir genau darauf geachtet, dass die Neuzugänge gut zu uns passen und den Bedarf abdecken“, sage Mike Schrottke von CBRE. Dadurch sei man in der Krisenzeit nicht gezwungen gewesen, Mitarbeiter zu entlassen. Auch bei der Beos AG gebe man sich gelassen, bislang habe die Corona-Krise kaum negative Auswirkungen auf die Assetklasse der Unternehmensimmobilien gezeitigt. Holger Matheis von Beos erwarte sogar, dass die Nachfrage nach Unternehmensimmobilien noch steigen werde, weshalb halte Beos weiterhin vor allem Berufseinsteiger einzustellen, um sie für den eigenen Bedarf auszubilden. Dass es in diesem Jahr weniger Neuzugänge geben werde, sei „unabhängig von Corona zu sehen. Wir hatten einfach 2019 recht viele“, sage Matheis. Die Studierenden seien sich der Schwierigkeiten in bestimmten Assetklassen und Geschäftsmodellen bewusst, doch seien sie fest davon überzeugt, dass sich die Corona-Pandemie langfristig nicht negativ auf ihre berufliche Laufbahn auswirken werde. Unter den der zehn beliebtesten Arbeitgebern der Immobilienbranche stehe JLL an erster Stelle, gefolgt von CBRE und der Beos AG. Doch auch Jobs etwa bei Union Investment, Corpus Sireo oder Commerz Real seien sehr begehrt.

SPD schlägt bundesweite Verschärfung der Mietpreisbremse vor

Um Mieter in angespannten Wohnungsmärkten vor den Folgen der Corona-Krise zu schützen, will der SPD-Mietrechtsexperte Michael Groß laut einem Positionspapier die Mieten von Bestandsmietern stärker bremsen, berichtet **DIE WELT** am 23.7., der das Papier vorliegt. Es sehe vor, Mietsteigerungen nur noch in Höhe der Inflation und maximal bis zu 6 % zu erlauben. Unverändert bleiben solle die Kappungsgrenze dahingehend, dass Mieterhöhungen nur bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete möglich sein sollten. Dass CDU und CSU einem inflationsbasierten Mietenstopp zustimmten, erscheine aber vor dem Hintergrund der bisherigen Legislaturperiode als sehr unwahrscheinlich. Eine solche Zustimmung aber sei unabdingbar, da für die Umsetzung des Vorhabens eine Grundgesetzänderung oder zumindest Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch notwendig würden, welche die Zustimmung der mitregierenden Parteien erforderten.

Folgen des Mietendeckels schlimmer als erwartet

Wie eine im Juli 2020 durchgeführte Umfrage des BFW Landesverbands Berlin und Brandenburg unter seinen Mitgliedern zeigt, müssen in einem knappen Drittel der von ihnen bewirtschafteten 35.000 Wohnungen die Mieten ab November 2020 dem Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mietenbegrenzung folgend gesenkt werden,

schreibt die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 20.7. online. Im Schnitt müssten die Vermieter die Mieten für ihre Wohnungen um rund 92 Euro pro Monat senken, was etwa 1,40 Euro/qm entspreche. Schon jetzt wirke sich der Mietendeckel negativ auf bestandserhaltende und energetische Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen und auf die Berliner Bauwirtschaft aus. Rund 70 % der BFW-Unternehmen hätten geplante Modernisierungen und Sanierungen bei mehr als drei Vierteln ihres Wohnungsbestands zurückgestellt oder aufgegeben. Damit seien die Auswirkungen des Mietendeckels noch größer, als vor einem Jahr befürchtet worden sei.

Berliner Neubaupreise steigen weiter

Dem Bauindustrieverband Ost zufolge ist die Zahl der in Berlin im vergangenen Jahr neu gebauten Wohnungen immer noch zu niedrig, um den Bedarf der wachsenden Bevölkerung zu decken, schreibt der **TAGESSPIEGEL** am 23.7. Infolge des Wohnungsmangels und der großen Nachfrage seien die Kaufpreise neu gebauter Eigentumswohnungen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 11,2 % gestiegen. Auch das Berliner Bauland habe sich verteuert, 2019 sei ein Preisanstieg um durchschnittlich 27,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum festgestellt worden. Zugleich halte Ziegert zufolge der Abwärtstrend bei der Zahl der Baugenehmigungen an.

Homeoffice auf dem Vormarsch

Einer Studie des ifo-Instituts zufolge werden hybride Arbeitsformen, bei denen die Beschäftigten tageweise entweder von zu Hause oder von einem Coworkingspace aus arbeiten, in Zukunft deutlich häufiger werden, schreibt die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 23.7. Vor diesem Hintergrund sei davon auszugehen, dass der Büroflächenbedarf der Unternehmen sinken werde. 54 % der in Deutschland ansässigen Unternehmen planten, das Homeoffice dauerhaft stärker zu etablieren. Infolge der Corona-Krise hätten Arbeitgeber ihre Vorbehalte gegenüber dem Homeoffice abgebaut und die Voraussetzungen dafür geschaffen. Im April dieses Jahres hätten 34 % der Beschäftigten ganz oder teilweise im Homeoffice gearbeitet, unter den Beschäftigten mit Hochschulabschluss seien es sogar 60 % gewesen. Dennoch gehe das ifo-Institut davon aus, dass dieses Niveau nicht dauerhaft so hoch bleiben werde. Seitens der Arbeitnehmer sprächen soziale Isolation und Einsamkeit für eine zumindest teilweise Rückkehr an den Büroarbeitsplatz, Arbeitgeber fürchteten, kreatives Potenzial könne infolge des mangelnden Austauschs der Mitarbeiter ungenutzt bleiben. Diese Faktoren ließen für die Zukunft einen Mix aus Präsenztagen im Büro und externem Arbeiten erwarten. Abzuwarten bleibe ferner, wie sich die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) angekündigte Gesetzesvorlage für ein Recht auf Homeoffice auswirken werde.

Logistik im Umbruch

Die Corona-Pandemie und der Klimawandel werden die Bedarfe im Bereich der Logistik verändern, schreibt die **IMMOBILIEN ZEITUNG** am 23.7. Darüber, wie sich der Wandel gestalten werde, hätten Branchenexperten bei einer digitalen Diskussionsrunde diskutiert, zu der die Immobiliengruppe der Bundesvereinigung Logistik (BVL) eingeladen habe. Als positiv zu bewerten sei, dass die Automobil- und Maschinenbauzulieferer, auf die ein großer Teil des gesamten Logistikbedarfs in Deutschland zurückgehe, die Krise glimpflich überstanden hätten. Auf die Frage von Kuno Neumeier von Logivest, ob Debatten über De-Globalisierung, Lieferantenlogistikcenter direkt vor den Produktionshallen und sogenannte Pufferlager als Folge der Pandemieerfahrung den Logistikimmobilienmarkt nachhaltig verändern würden, hätten die Logistikimmobiliennutzer keine eindeutige Antwort geben können. Zu erwarten sei aber, dass infolge der zunehmenden Einsparung von CO2 einige gravierende Änderungen auf das Transportwesen und damit auch auf die Lager- und Logistknachfrage zukommen würden.

FONDS- UND FINANZ-NEWS

Erleichterungen bei der Mifid-Regulierung geplant

Die EU-Kommission will die Markttrichtlinie Mifid II in einigen Punkten ändern, schreibt die **BÖRSEN ZEITUNG** am 23.7. und beruft sich auf einen Vorschlag der Kommission, der der Zeitung vorliege. Ziel sei es, vor allem die institutionellen Investoren in der Corona-Krise zu entlasten, weshalb die Änderungen im Eilverfahren das europäische Gesetzgebungsverfahren passieren sollten. Die geplanten Änderungen betreffen Investitionen in Finanzinstrumente. Vor allem professionelle Anleger sollten von den Dokumentations- und Offenlegungsvorschriften ausgenommen werden. Ferner sollten das Positionslimit und entsprechende Absicherungsgeschäfte auf Derivatemärkten neu geregelt werden, um die auf Euro lautenden Märkte zu unterstützen. Die EU-Kommission wolle ihren Gesetzesvorschlag in den kommenden Tagen veröffentlichen.

Immobilienkredite sind schwerer zu bekommen

Kredite für Investitionen in Immobilien sind einer Umfrage von Savills zufolge weltweit schwieriger oder zu ungünstigeren Konditionen zu bekommen als vor der Corona-Krise, schreibt die **BÖRSEN ZEITUNG** am 18.7. Dies gelte insbesondere für Europa, den Nahen Osten, Afrika (EMEA) und Nordamerika. Für die Studie habe Savills im Zeitraum 3. Juni bis

5. Juni 2020 seine eigenen Researchspezialisten in 33 Ländern befragt. In Nordamerika etwa hätten 75 % der Befragten angegeben, dass die Finanzierungsbedingungen sich verschlechtert hätten, während es im asiatisch-pazifischen Raum nur 38 % gewesen seien.

VERSCHIEDENES

Keine Apokalypse am deutschen Immobilieninvestmentmarkt

Dr. Jan Linsin von CBRE zieht in seinem Beitrag vom 21.7. auf **IMMOBILIENMANAGER.DE** nach einem halben Jahr Corona Bilanz. Dass sich der Lockdown und der damit verbundene wirtschaftliche Stillstand auch in Form geringerer Transaktionsvolumina auf den Immobilienmärkten niederschläge, überrasche nicht. Doch je nach Betrachtungszeitraum stelle sich die Lage sehr unterschiedlich dar. Betrachte man lediglich die Entwicklungen vom Q1 2020 bis zum Q2 2020, wirkten die Einschnitte geradezu brutal. Vergleiche man hingegen das H1 2020 mit dem H1 2019, zeichne sich sogar ein deutliches Wachstum von 34 % ab. Zudem hätten sich die einzelnen Assetklassen vor allem im Q2 2020 sehr unterschiedlich entwickelt. Vor allem defensive und konjunkturunabhängige Assetklassen wie Wohnen, aber auch Gesundheitsimmobilien und Data Center seien während der Corona-Krise stark nachgefragt worden. Dennoch seien Büroimmobilien die am stärksten gehandelte Assetklasse geblieben, und sogar im Einzelhandelssegment hätten Zuwächse verbucht werden können. Aufgrund der im Markt reichlich vorhandenen Liquidität sei davon auszugehen, dass die Investitionsdynamik im H2 2020 wieder zunehmen werde.

Stabil und flexibel

Dr. Alexander Nehm von Logivest spricht im Interview mit **POLIS** 02/2020 über die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Logistikimmobilienmarkt. Im Gegensatz zum Hotelmarkt oder zum Einzelhandelsmarkt sei die Logistikbranche vergleichsweise gut durch die Krise gekommen und habe sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich einen positiven Eindruck hinterlassen. Daraus lasse sich schließen, dass Logistikimmobilien weiterhin eine fokussierte Anlageklasse bleiben würden, wobei sich die Auswirkungen je nach Nutzungsart stark unterschieden und die Nachfrage sich schnell ändere, weshalb man flexibel bleiben müsse. Derzeit werde kurzfristig verfügbare Lagerfläche stark nachgefragt, um Waren zwischenzulagern, bei denen es derzeit Absatzschwierigkeiten gebe. Um zu

helfen, habe Loginvest die Plattform gewerbegebiet.de eingerichtet, über die das Sharing von Lagerflächen vermittelt werde. Die Corona-Krise sei verheerender und globaler als die Wirtschaftskrise vor zehn Jahren, doch sei Nehm überzeugt, dass die Effekte weniger lange anhalten würde, als es derzeit diskutiert werde.

LINKEDIN

Das Büro hat noch längst nicht ausgedient



Matthias Weber

KGAL

Die Lage an den Büro-Hotspots ist derzeit entspannt, wie das Maklerhaus JLL in einer jüngsten Auswertung festhält. Der Bürobestand habe sich in den vergangenen 20 Jahren an den Top-7-Standorten ordentlich erhöht, in München sei er auf 39 %, in Berlin um 35 % gestiegen. Leerstand habe sich insbesondere nach der Finanzkrise aufgebaut, heute gebe es in Düsseldorf und Frankfurt mit etwa 6 % die meisten freien Flächen, in Hamburg seien es 3 % und in Berlin und München um die 2,5 %. Diese Leerstände sind Puffer, von dem wir noch lange werden zehren können. Lesen Sie weiter auf [LinkedIn](#).

Gute Daten, schlechte Daten

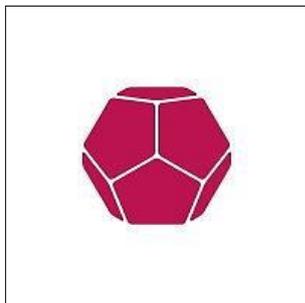


Dr. Titus Albrecht

realxdata

Marktdaten in der Immobilienwirtschaft – einerseits gibt es sie schon lange, und zwar in großem Umfang. Sie stützen erfolgreich Einzelentscheidungen und große Strategien. Andererseits werden Marktdaten noch immer zu selten auf ihr nächstes Level gehoben. Die Rede ist von Vernetzung und mehr Querbezügen. Informationen aus den unterschiedlichsten Kategorien sinnvoll miteinander zusammenzubringen schafft noch bessere Daten. Lesen Sie weiter auf [LinkedIn](#).

Welche Assetklassen werden sich am schnellsten erholen?



PREA Group

Besonders die Assetklassen Retail und Hotel sind von der Covid-19-Krise stark betroffen. Aber auch Büroimmobilien haben durch die zunehmende Arbeit im Homeoffice gelitten. Doch wie wird es weitergehen, welche dieser Assetklassen werden sich am schnellsten erholen? Machen Sie mit und geben Sie uns Ihre Einschätzung in unserer [LinkedIn-Umfrage](#) (nur mit Login möglich).

Wie ist die Entwicklung am deutschen Immobilienmarkt einzuschätzen?



Jürgen Kelber

Dr. Lübke & Kelber GmbH

Konjunkturpakete, geregelte Kurzarbeit und eine positive wirtschaftliche Ausgangslage – diese Faktoren haben Deutschland die Covid-19-Krise vergleichsweise gut überstehen lassen. Können davon auch die deutschen Immobilienmärkte langfristig profitieren? Machen Sie mit und verraten Sie uns Ihre Einschätzung in unserer [LinkedIn-Umfrage](#) (nur mit Login möglich).

PB3C News:

Verantwortlich: Holger Friedrichs und Dr. Josef Girshovich. Die Richtigkeit der Darstellung von Fakten in Presseartikeln wird nicht geprüft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht die Meinung der Herausgeber wieder.

Copyright der PB3C News der Woche: PB3C GmbH, Rankestraße 17, 10789 Berlin. Kopien oder Weitergabe als E-Mail ohne vertragliche Vereinbarung mit der PB3C GmbH verstoßen gegen das Urheberrecht.

Über die PB3C GmbH: Die PB3C GmbH ist seit dem Jahr 2000 das führende Beratungsunternehmen in Deutschland für die Positionierung und Kommunikation von Immobilien- und Fondsunternehmen. Sie berät nationale und internationale Kunden in den Bereichen strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kapitalmarktcommunication und Positionierung. Zu den weiteren Tätigkeitsfeldern zählen die Erstellung von Leistungsbilanzen und Geschäftsberichten, Studien und Researchedokumenten sowie die Konzeption und Texterstellung von Kundenzeitungen, Newslettern, Internetauftritten und Broschüren, des Weiteren die politische Beratung und Unterstützung im Investor-Relations-Bereich. Ausführliche Informationen über das Leistungsspektrum und Referenzen von Kunden der PB3C GmbH finden Sie unter www.pb3c.com oder können Sie unter info@pb3c.com anfordern.